19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Dr. Manuela Schmidt (LINKE)**

vom 6. Februar 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 7. Februar 2025)

zum Thema:

Streichung des Fonds Ausstellungsvergütung für Bildende Künstler*innen (FABiK): Hält der Senat Kommunale Galerien in den Bezirken für verzichtbar?

und **Antwort** vom 20. Februar 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. Februar 2025)

Senatsverwaltung für Kultur und
Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Frau Abgeordneten Dr. Manuela Schmidt (LINKE)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19 / 21591

vom 06.02.2025

über Streichung des Fonds Ausstellungsvergütung für Bildende Künstler*innen (FABiK):
Hält der Senat Kommunale Galerien in den Bezirken für verzichtbar?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Im Rahmen einer Veranstaltung im Schloss Biesdorf am 29. Januar 2025, an der auch Kultursenator Joe Chialo teilnahm, wurde seitens des Referatsleiters der Kulturverwaltung, Herr S., mündlich bestätigt, dass die komplette Streichung des Fonds Ausstellungsvergütung für Bildende Künstler*innen (FABiK) in Höhe von 600.000 Euro geplant ist. Der 2016 extra aufgelegte und im Landeshaushalt verankerte Fonds wird ausschließlich für die Honorierung von professionellen Bildenden Künstler*innen und damit für die Bereitstellung ihrer künstlerischen Werke bzw. Performances in temporären Ausstellungsprojekten der Kommunalen Galerien Berlins bereitgestellt. Damit ist gesichert, dass die Honorare nicht auf Kosten der Ausstellungsplanung gehen. Trifft es zu, dass die für den Fonds vorgesehenen Mittel in Höhe von 600.000 Euro im Jahr 2025 vollständig gestrichen werden?
2. Wenn die Antwort auf Frage eins „Ja“ lautet: Ist mit dieser Kürzung um 100 Prozent die vollständige Auflösung des Fonds vorgesehen oder soll der Fonds, in dem dann keinerlei Mittel mehr enthalten sind, sozusagen als Leergut aufrecht- und vorgehalten werden?

Zu 1. und 2.:

Der Fonds wird zunächst ausgesetzt. Die Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (SenKultGZ) wird prüfen, ob und ggf. in welcher Form eine Vergabe dieser Mittel zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die bestehenden Risiken geklärt sind, möglich ist.

3. Wenn die Antwort auf Frage eins „Ja“ lautet: In welcher Form wurden die betroffenen Kommunalen Galerien informiert?

Zu 3.:

Über die Vorabinformation in den letzten sechs Monaten hinaus ist eine Unterrichtung der Bezirke mit Schreiben vom 30. Januar 2025 erfolgt.

4. Wenn die Antwort auf Frage eins „Ja“ lautet: Sind die Kommunalen Galerien angehalten (bitte nachvollziehbar darstellen, wann und welcher Form ihnen das mitgeteilt wurde!), für dieses laufende Jahr keinerlei Verträge für Ausstellungsprojekte abzuschließen?

Zu 4.:

Nein.

5. Wenn die Antwort auf Frage eins „Ja“ lautet: Hat der Senat den Kommunalen Galerien Empfehlungen gegeben, woher sie sich die notwendigen Mittel für die Ausstellungsvergütung Bildender Künstler*innen holen sollen?

Zu 5.:

Den Bezirken ist bekannt, dass Honorare für die Zurverfügungstellung von Kunstwerken für Ausstellungen der Kommunalen Galerien auch aus Mitteln des Ausstellungsfonds für die Kommunalen Galerien (KoGa) und des sogenannten Bezirkskulturfonds (BKF) geleistet werden können. Beide Fonds fließen ebenfalls den Fachbereichen für Kultur der Bezirke zu. Nicht zuletzt sind die Bezirke grundsätzlich auch selbst für die Finanzierung der Arbeit ihrer Einrichtungen verantwortlich und können im Rahmen ihrer Globalsummen eigene Schwerpunkte bilden.

6. Wenn die Antwort auf Frage eins „Ja“ lautet: Ist dem Senat bekannt, welchen Stellenwert die Arbeit der Kommunalen Galerien Berlins für Teilhabe, demokratische und kulturelle Bildung und niedrigschwellige, weil kostenfreie kulturelle Angebote in den Bezirken haben und wenn die Antwort auf diese Frage ebenfalls „Ja“ lautet: Worin sieht der Senat den Stellenwert dieser Einrichtungen?

Zu 6.:

Der Senat misst den mehr als 35 Kommunalen Galerien für die wohnortnahe Kunstvermittlung, für die kulturelle Bildung und Grundversorgung sowie ganz allgemein für das Kulturangebot der Stadt große Bedeutung bei. Gerade auch für die Unterstützung von Berliner Künstlerinnen und Künstlern sind die Kommunalen Galerien ein unverzichtbares Element. In den Karrieren vieler Akteurinnen und Akteure spielen sie eine wichtige Rolle als eine erste größere Präsentationsmöglichkeit. Weil die Kommunalen Galerien – zusammen mit anderen bezirklichen Kultureinrichtungen – diese Rolle spielen, war es auch aus kulturpolitischer Sicht richtig, die Haushalte der Bezirke von den Kürzungen im Landeshaushalt im Zuge des 3. NHG 24/25 auszunehmen. Hierzu korrespondierend wurden auch die bezirklichen Förderfonds im Kulturbereich abseits des FABiK mit dem 3. NHG 24/25 nicht in Anspruch genommen.

7. Wenn die Antwort auf Frage eins „Ja“ lautet: Lautet die Empfehlung des Senats an die Kommunalen Galerien, die von ver.di empfohlenen und vom Senat mit der Einrichtung des Fonds anerkannten Honoraruntergrenzen nicht mehr einzuhalten, um überhaupt noch Ausstellungen planen und veranstalten zu können?
8. Wenn die Antwort auf Frage 7 „Ja“ lautet: Wie verhielte sich eine solche Empfehlung mit der 2018 vom Senat verabschiedeten Richtlinie, die als Leitlinie für die Ausbildungsvergütung bildender Künstler*innen beschlossen wurde?

Zu 7. und 8.:

Nein. Für die Zahlung von Honoraren im Kontext von Ausstellungen in ihren Galerien müssen die Bezirke durch Schwerpunktsetzung bei eigenen bezirklichen Mitteln und durch Inanspruchnahme der beiden anderen genannten Fonds und Spielräume erwirtschaften.

9. Wenn die Antwort auf Frage eins „Ja“ lautet: Stimmt es, dass die Kürzungsvorhaben zu 100 Prozent nicht nur den FABiK betreffen, sondern auch die Fonds für die Honoraruntergrenzen (Darstellende Künste, Tanz und Musik) und die Lesehonorare?

Zu 9.:

Von der Entscheidung, zur Bewältigung der noch offenen Haushaltsrisiken im Jahr 2025 die Mittel für eine gesonderte Finanzierung von Honoraruntergrenzen auszusetzen, sind alle Projektförderungen betroffen, für die eine gesonderte Finanzierung von Honoraruntergrenzen, Ausstellungshonoraren bzw. Lesehonoraren vorgesehen war – also die Bereiche Darstellende Kunst, Bildende Kunst, Literatur sowie Musik.

Die SenKultGZ wird prüfen, ob und ggf. in welcher Form eine Vergabe dieser Mittel zu einem späteren Zeitpunkt möglich ist, wenn die bestehenden Risiken geklärt sind.

10. Wenn die Antwort auf Frage eins „Ja“ lautet: Hat der Senat im Vorfeld dieser Entscheidung mit Vertreter*innen des Berufsverbandes Bildender Künstler*innen Berlin e.V., den Kommunalen Galerien, Vertreter*innen des Rates der Künste über seine Pläne und mögliche Auswirkungen gesprochen? (Bitte auflisten, wann welche Gespräche stattgefunden haben!)

Zu 10.:

Die Empfehlung zur Zahlung von Ausstellungshonoraren ist von der Aussetzung des FABiK als besonderer Finanzierungsquelle unberührt. Im Übrigen wird auf die Antwort zu 3. verwiesen.

Berlin, den 20.02.2025

In Vertretung

Sarah Wedl-Wilson

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt